

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert.

SPD

Kraft der
Erneuerung.

KURZFASSUNG

„Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Januar 2007



1. Die Zeit, in der wir leben

Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert. Nie zuvor waren die Menschen weltweit so sehr aufeinander angewiesen. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Glück der Deutschen Einheit wurden die Zweiteilung unseres Landes und die politische Spaltung der Welt überwunden. Seither erleben wir den tiefsten geschichtlichen Umbruch seit der industriellen Revolution – politisch und wirtschaftlich, sozial und kulturell. Wissenschaft und Technik treiben den Wandel voran. Die Zukunft verheißt große Chancen und birgt zugleich Gefahren.

Die Welt wächst zusammen

- Die Globalisierung schafft Wachstum und Zukunftsperspektiven für die Menschen in reichen und armen Ländern. Und sie bietet die konkrete Chance, Krieg und Hunger, Krankheit und Armut zu überwinden. Noch leben Menschen in vielen Teilen der Welt in bitterer Not. Aber in China, Indien und vielen anderen Schwellenländern sind eine dynamische Entwicklung und zunehmender Wohlstand zu beobachten.
- Der globalisierte Kapitalismus darf jedoch nicht sich selbst überlassen werden. Er lässt alte Ungerechtigkeiten bestehen und schafft darüber hinaus neue Bedrohungen für Freiheit und Gerechtigkeit, Gesundheit und Leben.
- Die Lebensbedürfnisse von sechs Milliarden Menschen, davon immer mehr in industriellen Gesellschaften, drohen die ökologische Belastbarkeit der Erde deutlich zu überschreiten. Ein wachsender Teil der Weltbevölkerung leidet an den Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre, unter Wüstenbildung und Wasserknappheit. Menschen aus Regionen, in denen ökologische Bedingungen zu Hunger führen, wandern in weniger gefährdete Teile der Welt.

Die beschleunigte Wirtschaft und der Umbruch der Arbeitswelt

- Deutschland gehört zu den Gewinnern der Globalisierung. Die deutsche Wirtschaft hat dank großer Wettbewerbsvorteile vor allem in der Industrie riesige Chancen.
- Aber nicht jeder Mensch in unserem Land hat gewonnen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben, wie selbst florierende Unternehmen verlagert werden. Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt – nicht immer zum Wohle dieser Firmen, ihrer Belegschaften und ihrer Lieferanten und Kunden. Dem Finanzkapital erschließen sich durch die Integration neuer Märkte und neuer Technologien immense Renditemöglichkeiten. Die Logik des schnellen Profits und überzogener Renditeforderungen führt allzu oft dazu, dass langfristige Investitionen in neue Arbeitsplätze ausbleiben. Diese Form der Globalisierung droht die Gesellschaft zu spalten: In jene, die mit ihrem Vermögen auf den Finanzmärkten profitieren und jene, die die Folgekosten zu tragen haben.

- Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem tief greifenden Wandel. Der Wettbewerb wird unter den Bedingungen der Globalisierung schärfer, das Tempo der Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Qualifikation und Wissen werden immer wichtiger. Neue kreative Berufe entstehen. Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und Selbständigkeit bestimmt. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft ist gestaltbar. Aber der Sozialstaat ist auf die neuen Formen der Arbeit noch nicht genügend eingestellt.

Die sozialen Fragen unserer Zeit

- Chancengleichheit gründet sich im heraufziehenden Wissenszeitalter noch stärker als früher auf eine gute Bildung. Dies ist der Schlüssel für eine berufliche Karriere und für ein selbst bestimmtes Leben. Wissen und Kompetenzen müssen früh erworben und später immer wieder aufgefrischt werden – im Kindergarten, in der Schule und in späteren Lebensabschnitten. Eine erstklassige Bildung für alle wird zur Grundlage, um gesellschaftliche Spaltungen zu verhindern und Armut zu überwinden.
- In vielen Teilen der Welt, auch in Deutschland, leben die Menschen länger. Seit den 60er Jahren ist die Lebenserwartung bei uns um zehn Jahre gestiegen. Das ist ein großes Geschenk: Viele haben die Chance, auch nach der Erwerbstätigkeit noch einen ausgedehnten Lebensabschnitt zu genießen. Der demografische Wandel verlangt aber auch ein neues Bild des Alters. Die ältere Generation wird für die aktive Gestaltung der Gesellschaft künftig stärker gebraucht. Auch die familiären Strukturen verändern sich. Kinder und Enkelkinder leben nicht unbedingt dort, wo ihre Eltern und Großeltern leben, die Zahl der Singlehaushalte - auch bei Älteren - steigt. Mehr Menschen werden im hohen Alter auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sein.
- Besonders dort, wo soziale Gegensätze aufeinanderprallen, kann das Nebeneinander von unterschiedlichen Kulturen sowie mangelndes Verständnis für das Fremde zu Misstrauen und Konflikten führen. Ein friedliches Miteinander erfordert mehr Wissen über andere Traditionen, Kooperationsbereitschaft und gegenseitigen Respekt. Keine Religion und Kultur darf Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Interessen propagieren.

Politik im Wandel

- Im 21. Jahrhundert haben sich die Bedingungen für politische Institutionen und Parteien verändert. Ihre Gestaltungsmacht ist infrage gestellt, weil Grenzen an Bedeutung verloren haben. Wo sich die unterschiedlichsten Lebensstile herausbilden und immer mehr Akteure Einfluss nehmen, lösen sich viele Menschen von traditionellen Parteibindungen. Weil die demokratischen Parteien auf die gesellschaftliche Gestaltung durch Gesetzgebung zielen, unterscheiden sie sich von anderen Organisationen politischer Mitwirkung. Dieses ist ihre unverwechselbare wie unverzichtbare demokratische Legitimation und Verantwortung. Das bleibt so, auch wenn die Parteien an Vertrauen und Ansehen eingebüßt haben.

- Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt: Wir haben es selbst in der Hand, die Zukunft friedlich, gerecht und solidarisch zu gestalten. Dazu brauchen wir eine klare, immer wieder erneuerte Analyse der Zeit. Es gibt keinen Weg zurück in die Ära der alten Industriegesellschaft und in den Nationalstaat des 20. Jahrhunderts. Wir richten den Blick nach vorn.

2. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie

Woher wir kommen

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Geschichte unseres Landes, seine politische und soziale Kultur entscheidend geprägt. In der SPD haben sich Frauen und Männer unterschiedlicher weltanschaulicher Überzeugungen, Glaubenshaltungen und Herkunft zusammengefunden. So wurde die SPD die linke Volkspartei, als die sie sich seit dem Godesberger Programm von 1959 versteht. Sie hat Impulse und Ideen verschiedener geistiger Strömungen und politischer Bewegungen aufgenommen: des Christentums und des Humanismus, der Aufklärung, des Sozialismus und der Gewerkschaften, der Frauenbewegung und der Neuen Sozialen Bewegungen.

Unsere Grundwerte

- **Freiheit** bedeutet die Möglichkeit, selbst bestimmt leben, Autor des eigenen Lebens sein zu können. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit hat Voraussetzungen: Dazu zählt die Abwehr von Willkür und Unterdrückung ebenso wie der Zugang zu den sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Bedingungen der Freiheit. Die Teilhabe an der Gesellschaft und die individuelle Bereitschaft zu verantwortlicher Gestaltung des eigenen wie des gemeinschaftlichen Lebens sind gleichermaßen Voraussetzungen von Freiheit. Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo sie die Freiheit eines Anderen verletzt.
- **Gerechtigkeit** Immer noch ist unsere Gesellschaft durch Privilegien gekennzeichnet. Die ungerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen teilt die Gesellschaft in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird und deren Selbstbestimmung und politische Mitwirkung rasch an Grenzen stoßen. Das beeinflusst auch die Willensbildung in Politik und Staat. Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunftsunterschiede dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vorneherein festgelegt sein. Deshalb erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht. Eine gerechte Politik garantiert gleiche Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gütern, Chancengleichheit und eine der Leistung angemessene Einkommens- und Vermögensverteilung. Die Leistung eines jeden Menschen muss anerkannt und respektiert werden. Wer durch Einkommen und Vermögen Vorteile genießt, muss angemessen zum Wohl der Gesellschaft beitragen: Eigentum verpflichtet. Gerechte Politik respektiert die Unterschie-

de der Lebensformen, des Glaubens, der Weltanschauung und der Kultur. Sie gewährleistet, dass jeder Mensch, ganz gleich was er leisten kann, frei von Not leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann.

- **Solidarität** bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen, zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung. Das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität.
- **Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität bilden eine Einheit.** Sie sind gleichrangig und gleichwertig. Sie bedingen, begrenzen und ergänzen einander. Wir verteidigen ein Grundwerteverständnis, das Freiheit nicht auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit nicht auf den Rechtsstaat, Solidarität nicht auf Armenfürsorge reduziert.

Die Soziale Demokratie

Wir sind uns einig in dem Ziel, für alle Menschen ein Leben in Freiheit, ohne Ausbeutung, frei von Gewalt und Unterdrückung zu ermöglichen. Im Bewusstsein, dass das Streben nach einer unseren Grundwerten entsprechenden Gesellschaft eine dauernde Aufgabe ist, bekennen wir uns zu der unsere Geschichte prägenden Idee des demokratischen Sozialismus. Er ist kein Dogma und beschreibt keinen Endzustand, sondern die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, für deren Verwirklichung wir auch weiterhin eintreten. Die Arbeit für dieses Ziel und das Prinzip unseres Handelns ist die Soziale Demokratie. Denn nichts kommt von selbst und jede Zeit verlangt ihre eigenen Antworten.

3. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Unter den Bedingungen der Zeit, in der wir leben, gewinnt die Idee der Sozialen Demokratie neue Bedeutung. **Das Zeitalter der Globalisierung ist Ergebnis menschlichen Handelns und kann deshalb durch demokratische Politik gestaltet werden.** Unsere Gesellschaft steht vor der Wahl:

- Entweder wir lassen dem Wandel unserer Zeit freien Lauf – oder wir gestalten ihn im Sinne unserer Grundwerte.
- Entweder wir beschränken uns auf die bloße Verteidigung des Bestehenden – oder wir bringen die Potentiale unserer Gesellschaft zu ihrer vollen Entfaltung.
- Entweder wir lassen zu, dass die ökologische Krise die Grundlagen unserer Zivilisation zerstört – oder wir schaffen die Wende zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise.

- Entweder wir lassen es zu, dass die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen Privilegierten und Benachteiligten immer größer wird – oder wir betreiben eine Politik, die soziale Gegensätze verringert und die allen Menschen die Chance auf eine selbst bestimmte Lebensgestaltung eröffnet.
- Welchen Weg wir einschlagen – das wird über die Lebensqualität, den Wohlstand und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft entscheiden. Fortschritt braucht Soziale Demokratie. Dafür wollen wir die Menschen gewinnen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir uns **vier großen Aufgaben**:

- Wir wollen die **Globalisierung freiheitlich, gerecht und solidarisch** gestalten. Dafür müssen wir politische Handlungsmacht zurückgewinnen. Das erfordert ein starkes und soziales Europa ebenso wie eine globale Verantwortungsgemeinschaft von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik.
- Wir wollen eine **Politik der neuen Wertschöpfung**. Sie ermöglicht qualitatives Wachstum, Wohlstand und Arbeit für alle sowie die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Soziale Marktwirtschaft der Zukunft muss offensiv neue Märkte erschließen, den technischen Fortschritt in den Dienst der Menschen und der Umwelt stellen und fairen Wettbewerb garantieren.
- Wir wollen den **Vorsorgenden Sozialstaat**, der Chancen für ein selbst bestimmtes Leben schafft, gerechte Teilhabe und sozialen Aufstieg ermöglicht und durch Solidarität Sicherheit gewährleistet.
- Und wir wollen auf allen Ebenen die riesigen Potentiale und Kräfte der Selbstorganisation einer **Aktiven Bürgergesellschaft** stärken.

4. Unsere Ziele, unsere Politik

4.1 Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung

- Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung und internationale Solidarität. Wir setzen auf Dialog, den fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen und auf die Idee, die Macht dem Recht unterzuordnen. Die **SPD ist die Friedenspartei in Deutschland und Europa**.
- Diese Zielrichtung der internationalen Politik der Sozialdemokratie ist für das anbrechende globale Zeitalter notwendiger denn je. Die Menschheit kann zum ersten Mal in ihrer Geschichte zentrale Probleme nur noch gemeinsam lösen. Darum arbeiten wir für die **Entwicklung einer gemeinsamen Weltinnenpolitik** mit starken Vereinten Nationen und einer **gerechten Weltwirtschaftsordnung**.
- Die Unteilbarkeit und universelle Geltung aller Menschenrechte ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht verhandelbar.

Wir wollen **das absolute Folterverbot und das humanitäre Völkerrecht** auch unter veränderten nationalen und globalen Rahmenbedingungen **durchsetzen und verteidigen**. Wir wollen, dass Frauen auf der ganzen Welt selbst bestimmt und frei von Gewalt und Diskriminierung leben können. Ohne die **gleichberechtigte Teilhabe der Frauen** ist weder Demokratie noch globale Gerechtigkeit oder nachhaltige Entwicklung möglich.

- Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft internationale Sicherheit. Deshalb arbeiten wir weiter an einer **gerechten internationalen Rechtsordnung**, die allen Menschen ein würdiges und selbst bestimmtes Leben ermöglicht. Wir legen unserer internationalen Politik einen **umfassenden Sicherheitsbegriff** zugrunde. Sicherheit für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus.
- In Europa haben wir durch Verständigung und die Bündelung gemeinsamer Interessen eine beispiellose Form der transnationalen Kooperation und Partnerschaft erreicht. Europapolitik ist keine klassische Außenpolitik mehr. Auch über Europa hinaus gilt es, **gemeinsame Interessen, Bündnisse und Organisationen zu stärken**. Kein Staat kann im globalen Zeitalter Erfolg haben, indem er seine Interessen einseitig durchsetzt.
- Wir bekennen uns zum **Multilateralismus** durch internationale Organisationen und internationales Recht im weltweiten Rahmen. Dafür ist es unabdingbar, die internationalen Organisationen mit hinreichender Durchsetzungsmacht auszustatten. Nur sanktionsbewehrt wird das internationale Recht Verbindlichkeit gewinnen und konfliktlösend wirken können.
- Um die **Legitimation und Akzeptanz der Vereinten Nationen** zu erhöhen, müssen deren Institutionen reformiert und demokratisiert werden. Wir wollen die Rechte der UNO-Vollversammlung stärken. Bei der Reform des UN-Sicherheitsrats ist die angemessene Beteiligung aller Kontinente sicherzustellen. Das Vetorecht einzelner Mitgliedsstaaten lehnen wir ab. Deutschland muss in den Vereinten Nationen mehr konkrete Verantwortung übernehmen. Die SPD befürwortet einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Langfristig sollte die Europäische Union einen ständigen Sitz in diesem Gremium einnehmen.
- Gute **Friedenspolitik gründet auf politischen Dialog**, die Erarbeitung gemeinsamer Interessen und die Entwicklung von konkreten Perspektiven für die Menschen. Wir sind überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur möglich ist, wo strukturelle Konfliktursachen wie Hunger und Ressourcenmangel überwunden werden.
- **Entwicklungszusammenarbeit** ist für uns nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit und der gerechten Gestaltung der Globalisierung. Wir betrachten sie als zentralen Baustein einer umfassenden Sicherheitspolitik. Darum wollen wir die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit stufenweise erhöhen.
- Die **SPD lehnt jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen ab**.

- Wir wissen, dass es Situationen geben kann, in denen **militärisches Eingreifen** notwendig ist. Deutschland kann sich an diesen Missionen beteiligen, wenn sie durch ein **völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen** legitimiert sind, der Einsatz dem deutschen Interesse nicht widerspricht und der Deutsche Bundestag zustimmt.
- Konflikte können zwar militärisch entschieden, aber niemals nur militärisch gelöst werden. Deshalb werden wir darauf drängen, dass ein **Einsatz der Bundeswehr** stets in ein Konzept von politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und kulturellen Maßnahmen eingebettet ist.
- Wir lehnen jegliche Rechtfertigung von Terrorismus ab. Auch wenn im **Kampf gegen den Terrorismus der Einsatz von Gewalt nicht ausgeschlossen** werden kann, gilt für uns: **Wir wenden uns konsequent gegen die Aufweichung des Völkerrechts**. Weder das absolute Folterverbot noch die Regeln zur Behandlung von Kriegs- und Strafgefangenen dürfen relativiert werden.
- Die **Bekämpfung des Terrors**, der auf dem Humus von Perspektivlosigkeit und Ohnmacht gedeiht, braucht Zeit, aber auch mehr finanzielle Mittel.
- Wir bekräftigen unser **Ziel einer atomwaffenfreien Welt** und werben dafür, die Urananreicherung unter internationale Kontrolle zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen. Verstärkte Anstrengungen widmen wir auch der **Begrenzung und Kontrolle konventioneller Rüstungsgüter**.
- Wir werden auch künftig sicherstellen, dass Deutschland Herstellung, Besitz und Anwendung von Massenvernichtungswaffen nicht anstrebt. Wir sind einer strengen Rüstungsexportpolitik verpflichtet. **Rüstungsgüter sind keine normale Handelsware**. Die Einhaltung der Menschenrechte, gute Regierungsführung und ein Verbot, Waffen in Konfliktregionen zu liefern, sind für uns maßgebliche Kriterien bei Ausfuhrgenehmigungen.
- Das Ziel der Sozialdemokratie ist eine **faire Globalisierung**, die den Menschen Wohlstand und Entwicklung bringt. Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen darf nicht zum weltweiten Druck auf Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltnormen führen.
- Das international operierende Kapital darf sich nicht seiner sozialen und ökologischen Verantwortung und seiner Steuerpflicht entziehen. Dazu bedarf es **fairer und wirksamer Regeln für die Finanz-, Rohstoff- und Warenmärkte** sowie international verbindlicher **sozialer und ökologischer Standards** für einen funktionierenden Wettbewerb.
- Daher wollen wir Möglichkeiten zur **Steuerung der Wirtschaften durch internationale Kooperation und Rahmensetzung** zurückgewinnen und erweitern, ohne nationale Politik aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Auf diese Weise wollen wir die **Millenniumsziele der UN** verwirklichen und den Weg zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung öffnen.

4.2 Das soziale und demokratische Europa

Europa ist eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft, nicht nur ein Wirtschaftsraum.

Die **Europäische Union ist unsere Antwort auf die Globalisierung**. Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Gerechtigkeit in Deutschland können wir im globalen Zeitalter nur in der Gemeinschaft mit unseren europäischen Partnern sichern. Auf europäischer und auf internationaler Ebene bündeln wir die Kräfte, um den globalen Märkten Regeln für mehr Gerechtigkeit, für soziale und ökologische Verantwortung zu geben.

- Damit Europa zu einer **globalen Friedensmacht** wird, muss die Europäische Union ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit verbessern. Wir setzen uns für eine **Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik** ein.
- Langfristig streben wir die **Schaffung einer europäischen Armee** an, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss.
- Eine umfassende Sicherheitspolitik erfordert, dass die **Europäische Union ihr politisches und ökonomisches Gewicht bündelt**. Hierzu muss Europa in den wichtigen internationalen Organisationen mit einer Stimme sprechen. So können die Staaten Europas wirksam auf eine faire und sozial gerechte Verteilung des global erwirtschafteten Wohlstands und eine Demokratisierung der internationalen Regime und Organisationen hinwirken. Europa darf in seinen entwicklungspolitischen Anstrengungen nicht nachlassen.
- Die **Erweiterung der Europäischen Union** hat Frieden, Stabilität und Wohlstand im europäischen Raum geschaffen.
- Wir setzen uns dafür ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben. Es gilt, die laufenden Beitrittsverhandlungen nach den von der EU definierten Kriterien fortzuführen. **Vor der Erweiterung der EU bedarf es jedoch der Reform ihrer Institutionen.**
- Wir stehen zu der von allen EU-Mitgliedern lang versprochenen **Beitrittsperspektive der Türkei**.
- Europa hat den **größten Binnenmarkt der Welt** geschaffen und eine einheitliche Währung eingeführt. Jetzt gilt es, die **soziale Dimension der EU** zu stärken – denn sie ist der zentrale Teil unseres europäischen Gesellschaftsmodells.
- Wir streben ein **europäisches Arbeitsrecht** an, das einheitliche elementare Standards etwa in den Bereichen des Tarif- und Streikrechts festschreibt. In den europäischen Unternehmen wollen wir die Mitbestimmung der Arbeitnehmer absichern und ausbauen.
- Wir wollen den **Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze für Unternehmen in Europa überwinden**. Durch ihn berauben sich die europäischen Staaten gegenseitig ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit. Notwendig sind eine europaweit einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern.

- Die **Anhebung der Lebensverhältnisse in den wirtschaftlich schwächeren Regionen** nutzt allen in Europa. Deshalb unterstützt die Europäische Union diese Regionen besonders dabei, wirtschaftlich aufzuholen. Den Zusammenhalt in Europa können wir nur dann gewährleisten, wenn Löhne und soziale Standards nicht sinken. Wir wollen die Einführung Existenz sichernder Mindestlöhne.
- Ein zukunftsorientiertes Europa braucht auch eine deutliche **Umstrukturierung des europäischen Haushalts**. Dazu gehört auch, dass die Haushaltspolitik der EU transparenter wird. Die Höhe der Agrarsubventionen muss reduziert und dieses Geld für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden.
- Die Europäische Union hat durch ihre wachsenden Kompetenzen Züge eigener Staatlichkeit gewonnen. Deshalb muss **jedes politische Handeln der Europäischen Union demokratisch legitimiert** sein. Je weiter die Vertiefung der politischen Integration voranschreitet, umso dringlicher stellt sich die Aufgabe, eine echte europäische Demokratie zu bauen.
- Eine wichtige Grundlage ist **eine Europäische Verfassung**. Sie weist den Weg zu einer Exekutive der Europäischen Union, die durch das Parlament gewählt und kontrolliert wird.
- Die Europäische Union bringt Personen und Organe der europäischen, der nationalen, der regionalen und der kommunalen Ebene im politischen Entscheidungsprozess zusammen. Sie muss ihre demokratische Legitimität folglich aus unterschiedlichen Quellen beziehen. Ziel unserer Politik ist es, die Europäische Union als eine funktionstüchtige und beteiligungsoffene **Mehrebenendemokratie** weiterzuentwickeln.
- Die demokratische **Gestaltung Europas beginnt in den Kommunen und Regionen**. Die EU muss ihre föderalen und zwischenstaatlichen Ebenen demokratisch und transparent organisieren und sie darf nur dort eingreifen, wo eine europaweite Regelung notwendig ist.

4.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat

Jede **Demokratie lebt durch das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger**. Darum wollen wir eine starke, vitale Bürgergesellschaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der Vereinigung und Versammlung ausgiebig nutzen. Nur dann kann unsere Gesellschaft die Kraft zur beständigen Erneuerung aufbringen. Eine **selbstbewusste Bürgerschaft** gestaltet und organisiert ihr Zusammenleben in einem **handlungsfähigen Staat**.

- Wir wollen **starke Parlamente**. Sie sind das Herz demokratischer Willensbildung.
- Wir wollen neue Begeisterung für die Demokratie wecken, eine höhere Wahlbeteiligung und mehr direkte Einmischung erreichen. Wir stehen für mehr Demokratie und **mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten** der Bürgerinnen und Bürger als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie.

- Die soziale Verantwortung von Menschen für Menschen muss in unserem Gemeinwesen größere Bedeutung erlangen. Das verstehen wir unter einer **solidarischen Bürgergesellschaft**.
- Eine starke Bürgergesellschaft bietet uns Heimat in Zeiten stürmischen Wandels. Aus dieser gelebten gesellschaftlichen Solidarität wächst neuer Zusammenhalt – gegen die Vereinzelung des Menschen und die Fliehkräfte des modernen Lebens. Wo wir soziale Probleme gemeinsam lösen, finden wir **Orientierung, Vertrauen und Sicherheit**.
- Viele Menschen setzen ihre Zeit ein, um für die Gesellschaft zu wirken. Andere stellen aus ihrem privaten Vermögen finanzielle Mittel bereit. Beides ist notwendig. Das **Ehrenamt** wollen wir mit einer **Kultur des gemeinnützigen Stiftens** verbinden.
- Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den **Kommunen**. Kommunen können auf lokale Besonderheiten besonders gut reagieren. Sie entwickeln eine Vielzahl von Lösungsmöglichkeiten für eine Vielzahl von Aufgaben. Darum stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, verbessern ihre Qualität und vergrößern ihre Organisationsfreiheiten. Wir erweitern den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen und wir übertragen ihnen keine Aufgaben ohne die dafür erforderlichen Mittel.
- Der **Föderalismus muss neue Kraft gewinnen**. Wir wollen unsere bundesstaatliche Ordnung übersichtlicher gestalten. Der Bund und die Länder müssen je für sich ebenso wie im Verbund handlungsfähiger werden. Die Abgrenzung der Kompetenzen muss sich daran orientieren, wie Aufgaben am besten gelöst werden, und nicht an der Wahrung von Zuständigkeiten.
- Die regionale Ungleichheit von Wirtschafts- und Finanzkraft hat zugenommen. Wir setzen deshalb auf die **solidarische Beistandspflicht zwischen allen Teilen Deutschlands** – Ost und West, Nord und Süd. Die besondere **Situation in Ostdeutschland** erfordert besondere Anstrengungen und gesamtdeutsche Solidarität. Bund, Länder und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig sein. Aufgabe des sozialen Bundesstaates ist ein effektiver finanzieller Ausgleich zwischen ihnen. Unser Leitbild ist die **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse**. Jede Kommune und jedes Land hat eigene Stärken, die wir unterstützen wollen.
- **Sicherheit ist ein grundlegendes öffentliches Gut**. Menschen müssen ohne Furcht vor Zwang und Verbrechen leben können, damit politische Freiheit und Teilhabe gedeihen.
- Der Staat hat das **Gewaltmonopol** inne. Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, die Pflicht des Staates, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, auf Private zu übertragen oder Sicherheit gar wie eine beliebige Ware zum Kauf feilzubieten.
- **Rechtsextreme bedrohen unsere Freiheit und unsere Demokratie**. Gegen Ideologie und Gewalt des Rechtsextremismus leisten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschiedenen Widerstand. Extremismus, Rassismus und Antisemitismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.

- **Deutschland ist ein Einwanderungsland.** Einwanderinnen und Einwanderer haben unser Land wirtschaftlich und kulturell enorm bereichert. Im Zeitalter von Globalisierung und demografischem Wandel wird die Aufgabe, unsere Gesellschaft für Menschen aus ganz unterschiedlichen Ländern und Kulturen zu öffnen, noch wichtiger. Wir brauchen und wollen mehr qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer. Und wir wollen unser Land konsequent auf die Zukunft als Einwanderungsgesellschaft vorbereiten.
- Wir verstehen **Einwanderung als Übereinkunft** zwischen den Menschen, die zu uns kommen, und der Gesellschaft, die sie aufnimmt. Beide Seiten müssen ihren Nutzen davon haben und beide Seiten müssen bereit zur **Integration und zur Toleranz** sein. In einer Einwanderungsgesellschaft ist es unerlässlich, dass unterschiedliche Kulturen aufeinander zugehen und sich nicht abkapseln. Integration heißt für uns: Wir wollen faire Chancen und klare Regeln.
- Die **politische Partizipation von Einwanderern** muss ausgebaut werden. Deshalb plädieren wir für die grundsätzliche Möglichkeit der Mehrstaatlichkeit und für ein kommunales Wahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländer, die nicht aus EU-Staaten kommen.
- Wir stehen zu dem **Grundrecht auf Asyl** für politisch Verfolgte. Daraus folgt die Verantwortung, Menschen Schutz und Zuflucht zu geben, die vor Gewalt, vor geschlechtsspezifischer, staatlicher und nicht staatlicher Verfolgung und Diskriminierung aus ihrer Heimat fliehen.
- Die **Medien erleben eine rasante technische Entwicklung.** Neben Zeitung, Buch, Fernsehen und Rundfunk spielen Computer, Internet und Mobilfunk eine immer größere Rolle. Die Mediensparten wachsen zusammen und prägen immer stärker sämtliche Bereiche unseres Alltags. Der Umgang damit muss gelernt sein. Wir wollen **Medienkompetenz zum Bildungsschwerpunkt** machen.
- **Wir stärken die Qualität, die Transparenz und die Vielfalt der Medien.** Manipulation, politische Einseitigkeit und Jugendgefährdung bekämpfen wir.
- **Kultur** ist in besonderer Weise der Raum, in dem sich die Gesellschaft ihrer **Werte- und Zielvorstellungen** vergewissert. Sie stärkt die Menschen, schafft Zugehörigkeit, das Bewusstsein von Verwurzelung und trägt damit zum **gesellschaftlichen Zusammenhalt** bei.
- Wir wollen **kulturelle Vielfalt statt fundamentalistischer Verengungen** und Politisierungen von religiösen und kulturellen Unterschieden.
- Friedliche Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer **geistigen Wurzeln aus christlich-jüdischer Tradition, Humanismus und Aufklärung** versichern. Nur eine sowohl wertefundierte wie tolerante Kultur kann sich gegen den Versuch behaupten, Kultur und Religion zur Begründung von Ausgrenzung zu missbrauchen.
- **Kultur ist ein öffentliches Gut.** Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und des Staates.

- In einer religiös und weltanschaulich vielfältigen Gesellschaft muss sich die **Achtung vor dem Andersdenkenden** bewähren. Grundlage für die an **Religionsfreiheit** orientierte Gestaltung unserer Gesellschaft ist die Verfassung des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates.
- Für uns ist das besondere **Engagement der Kirchen, der Religions- sowie der Weltanschauungsgemeinschaften** unersetzlich. Dies gilt insbesondere im Blick auf ihre soziale Verantwortung für das Gemeinwohl und ihre Bedeutung bei der Vermittlung von demokratischen Werten. Wir suchen das Gespräch mit ihnen und die Zusammenarbeit in freier Partnerschaft bei gemeinsamen Aufgaben. Wir achten ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten autonom zu regeln.

4.4 Die Gleichstellung der Geschlechter

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen **gleich, frei und solidarisch** miteinander leben.

- Wir wollen eine Gesellschaft mit **gleichen Rechten und Möglichkeiten** für alle Menschen: beim Zugang zu Bildung, Ausbildung, Beruf, Aufstieg, Ehrenamt und politischer Arbeit, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, sozialer und ethnischer Herkunft oder Religionszugehörigkeit.
- Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen Erwerbs- und Hausarbeit, Kindererziehung und gesellschaftliches Engagement ausüben können.
- Wir wollen, dass junge Frauen ihre **Vorstellung von einem selbst bestimmten Leben** verwirklichen können. Sie wollen beides: Beruf und Familie. Existenzsichernde Erwerbsarbeit, gleicher Zugang zum Beruf und beruflichen Aufstieg, gleiche Bezahlung, elternfreundliche Arbeitszeiten und verlässliche pädagogische Ganztagsangebote für Kinder aller Altersstufen sind hierfür Grundvoraussetzungen.
- Wir wollen, dass alle Regierungen und Verwaltungen das, was sie planen, beschließen und umsetzen, auf die Auswirkungen auf das Leben von Frauen, Männern und Kindern überprüfen und es – wenn nötig – korrigieren. Das ist das Prinzip des „**Gender Mainstreaming**“.

4.5 Neue Wertschöpfung und gute Arbeit

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verfolgt drei Hauptziele. Wir wollen einen möglichst hohen Wohlstand, an dem alle Menschen gerecht teilhaben. Jede Frau und jeder Mann soll die Möglichkeit erhalten, den eigenen Lebensunterhalt durch **Arbeit** zu erwirtschaften. Gleichzeitig müssen wir unsere **natürlichen Lebensgrundlagen** nachhaltig sichern. Wir begreifen die Globalisierung als Chance für neue Arbeitsplätze und für die Sicherung des Wohlstands in den kommenden Jahrzehnten. Dazu brauchen wir einen Ordnungsrahmen für Wettbewerb, der langfristiges Wachstum unterstützt und nicht den kurzfristigen Profit in den Mittelpunkt stellt.

- SPD und Gewerkschaften haben die **Soziale Marktwirtschaft** als ordnungspolitisches Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich ausgestaltet. Aber wir wissen auch: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft modernisieren, um sie zu erhalten. Wir wollen die Grundpfeiler unseres Wirtschafts- und Sozialmodells zukunftsfest für das 21. Jahrhundert machen. Das können wir nur gemeinsam in Europa und mit der Europäischen Union schaffen.
- Wir geben Ziel der **Vollbeschäftigung** in Deutschland nicht auf. Unter den Bedingungen im 21. Jahrhundert bedeutet Vollbeschäftigung nicht mehr die unausgesprochene Garantie, dass jeder ein Leben lang in derselben Firma einen sicheren Arbeitsplatz hat. Die wachsende wirtschaftliche Dynamik fordert von den Menschen Arbeitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem aber ständiges Dazulernen. Eine Politik für Vollbeschäftigung basiert auf **vier Säulen**: erstens ein möglichst hohes Wachstum, einen Vorsprung in marktfähigen Produkten und eine besondere Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungsbereich. Zweitens unterstützt der Vorsorgende Sozialstaat durch koordinierte **Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik** die Menschen dabei, Übergänge und Unterbrechungen in ihren Erwerbsbiographien zu meistern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Drittens sind für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben, besondere Angebote **öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Arbeit** nötig. Viertens ist eine moderne **Arbeitszeitpolitik** nötig, die Selbstbestimmung und Flexibilität fördert sowie durch Arbeitszeitverkürzung mehr Menschen in Beschäftigung bringt.
- Die Menschheit steht vor großen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Darum setzen wir auf **qualitatives Wachstum**. So können wir unsere Lebensqualität steigern, Ressourcen und Energie einsparen, den Klimawandel abmildern, Krankheiten heilen, Mobilität verbessern und Kommunikation erleichtern. Neue Technologien werden vor allem in diesen Zukunftsmärkten Anwendung finden.
- Eine **strategische und ökologische Industriepolitik** setzt auf den Ausbau der qualitativen Vorsprünge unseres Wirtschaftsstandortes. Der Staat will Märkte nicht ersetzen, sondern ihnen einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen geben. Er kann als „Pionier“ wirtschaftlichen Handelns Leitmärkten entscheidende Impulse geben. Er muss industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit der Wirtschaft und der Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren. Der Staat muss seine Mittel und Instrumente bündeln – von der Forschung über gezielte Regulierung bis hin zur Beschaffung bestimmter Produkte. Eine solche strategische und ökologische Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe zahlreicher Politikfelder.
- **Dienstleistungen** für Menschen in Bildung und Gesundheit, lokalem Handwerk, privaten Haushalten und soziale Diensten bergen die größten Beschäftigungspotentiale. Um sie zu erschließen, brauchen wir mehr öffentliche und private Nachfrage nach diesen Dienstleistungen.
- Unsere Volkswirtschaft braucht **stabile und wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen** für Unternehmen und Konsumentinnen und

Konsumenten. Darum muss die Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa die Konjunktur festigen und ein stetiges, kräftiges Wachstum fördern. Wir wollen die **Verschuldung der öffentlichen Haushalte** zurückführen und die staatlichen Ausgaben stärker auf **Zukunftsinvestitionen** ausrichten.

- Wir setzen uns für **Lohnsteigerungen** ein, die sich an der Produktivität orientieren. Im unteren Einkommensbereich brauchen wir **Mindestlöhne**. Eine nachhaltige Wachstumsentwicklung braucht eine kontinuierlich ansteigende öffentliche Investitionsquote.
- Eine ausgewogene Einkommensverteilung ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch vernünftig. Wir halten am Ziel der **Besteuerung nach Leistungsfähigkeit** fest.
- **Wirtschaftliche Demokratie** erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen, die Tarifautonomie und das Streikrecht sind unverzichtbare Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. In einer zunehmend europäisierten Volkswirtschaft ist es unser gemeinsames Ziel, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene zu sichern und auszubauen. Die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmenskapital als zusätzliche Säule des Einkommens fördert Innovation und Produktivität und gewährleistet eine gerechte Beteiligung der Beschäftigten am Firmenerfolg.
- Wir brauchen in Deutschland eine **Kultur der Selbstständigkeit**. Wir wollen die Bedingungen für Unternehmensgründerinnen und -gründer sowie kleine und mittlere Unternehmen, Handwerker und Selbstständige in den freien Berufen gerade in einem schärfer gewordenen Wettbewerbsumfeld verbessern.
- Ein stabiler und gut funktionierender **Finanzmarkt** ist unverzichtbar für die moderne, global integrierte deutsche Volkswirtschaft, weil dort das notwendige Kapital für Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es, dass die Finanzmärkte einer langfristig ausgerichteten Wirtschaftskultur dienen. Wir wollen Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben.
- **Verantwortungsbewusste Konsumentinnen und Konsumenten** sind Ausdruck einer solidarischen und demokratischen Bürgergesellschaft. Erweiterte Informationsrechte und Transparenzregeln für emanzipierte Verbraucher tragen dazu bei, dass Märkte von der Nachfrageseite her beeinflusst und kontrolliert werden.

4.6 Der Vorsorgende Sozialstaat

- Der Sozialstaat ist eine große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehören Demokratie und Sozialstaat zusammen. Das **Leitbild unserer Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert ist der Vorsorgende Sozialstaat**. Er befähigt die Menschen, ihr Leben selbst bestimmt zu meistern, indem er aktivierende, präventive und investive Ziele in den Mittelpunkt

stellt. Er fördert Existenz sichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen Wandel und begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik. Er fördert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren. Er verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Er entlässt nicht aus der Verantwortung für das eigene Leben. Der Vorsorgende Sozialstaat verfolgt die drei zentralen Ziele der Emanzipation, der Teilhabe und der Sicherheit.

- **Emanzipation** ist die Voraussetzung für ein selbst bestimmtes Leben aller Bürgerinnen und Bürger. **Teilhabe** an den sozialen Gütern der Bildung, der Existenz sichernden Arbeit und der Gesundheit muss allen Menschen unabhängig von sozialer Herkunft, Alter oder Geschlecht von Anfang an und immer wieder aufs Neue offen stehen. **Sicherheit** bedeutet nicht nur den Schutz der Menschen vor existentieller Not, vor elementaren Lebensrisiken und vor Diskriminierung. Vielmehr schafft Sicherheit auch die Voraussetzungen für ein selbst bestimmtes Leben.
- Damit wir diese Ziele in unserer Zeit erreichen können, muss der Vorsorgende Sozialstaat verstärkt am **Bürgerstatus** und weniger stark am Erwerbsstatus anknüpfen. Gerechtigkeit und Solidarität sind die Prinzipien der Finanzierung unseres Sozialstaates. Die einseitige Belastung der abhängig Beschäftigten bei der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ist weder sozial gerecht noch wirtschaftlich sinnvoll. Auch weiterhin werden die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen die zentrale Säule unseres Sozialstaates bleiben. Wir wollen die Finanzierungsgrundlage der sozialen Sicherungssysteme weiter stärken und die paritätisch finanzierten Beiträge durch eine höhere und nachhaltige gesicherte Steuerfinanzierung ergänzen.
- Wir brauchen **mehr und bessere soziale Dienstleistungen und Einrichtungen**. Diese können vom Staat, den Freien Wohlfahrtsverbänden, aber auch in privater Initiative bereitgestellt werden. Dabei sichern staatlich gesetzte Rahmenbedingungen die Qualität sowie den freien und gleichen Zugang für alle.
- Die **Arbeitswelt** wandelt sich. Flexibilität, Mobilität und soziale Risiken haben enorm an Bedeutung gewonnen. Trotzdem: Soziale Sicherheit und rechtlicher Schutz müssen auch in Zukunft gewährleistet bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitszeit den Lebensphasen entsprechend angepasst werden kann. Gerade dies führt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unser Ziel ist es, Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz zu verhindern. Deshalb wollen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die vorrangig den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung fördert. Ein wesentliches Instrument dieser aktivierenden Politik ist es, die Arbeitslosenversicherung zu einer **Beschäftigungsversicherung** auszubauen, um dadurch eine neue Kultur der Weiterbildung zu etablieren.
- Sozialdemokratische **Gesundheitspolitik** setzt bei der Vermeidung von Krankheiten und dem Erhalt von Gesundheit an. Sie gewährleistet im Krankheitsfall aber auch den gleichen Versorgungsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht, und garantiert, dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Wir wollen die Einführung einer **Bürgerversicherung** im

Gesundheitswesen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen versichert sein und entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gesundheitssystems beitragen. Sie sollen unabhängig von ihrem Erwerbsstatus in die Solidarität unseres Gesundheitswesens einbezogen werden.

- Die solidarischen Prinzipien der Bürgerversicherung wollen wir auch in der **Pflegeversicherung** anwenden. Die soziale Pflegeversicherung muss weiterentwickelt werden, indem ihre Leistungen dem sich ändernden Bedarf angepasst werden. Unser Pflegebegriff muss sich in Zukunft stärker an der individuellen Pflegebedürftigkeit ausrichten.
- Die Gesellschaft der Zukunft wird eine **Gesellschaft des längeren Lebens** sein. Wir wollen, dass ältere Menschen aktiv und kreativ am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung von einer Versicherung der abhängig Beschäftigten zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln, in die auch Selbstständige sowie Beamtinnen und Beamten einbezogen sind, und so den veränderten Bedingungen des Erwerbslebens anpassen. Dabei halten wir am Erwerbseinkommen als Maßstab für die Rentenhöhe fest.

4.7 Bildung in der lernenden Gesellschaft

Bildung entscheidet unsere Zukunft. Sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Bildung eröffnet Wege für jede und jeden Einzelnen. Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbst bestimmte Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit und verbessert die soziale Sicherheit, von der Jugend bis ins hohe Alter.

- Wir wollen den **freien Zugang zu Informationen, zu Bildung und Wissen**. Eine gerechte Gesellschaft muss **Chancengleichheit** verwirklichen. Jede Form der Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen müssen wir überwinden. Von der frühkindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine **gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis einschließlich des Studiums**.
- Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Bildung unabhängig von der Herkunft für alle gleichermaßen zugänglich ist. Die **öffentlichen Ausgaben für Bildung** müssen steigen. Sie müssen mit der wachsenden Bedeutung von Bildung Schritt halten. Bildungsausgaben müssen als Investitionen anerkannt werden. Investitionen in die Menschen müssen Priorität bekommen.
- Unser Bildungswesen muss von Anfang an die **Gleichstellung von Mädchen und Jungen** und die Integration von Zugewanderten im Blick haben.
- Die **Förderung von Kindern** beginnt für uns bei der gezielten Unterstützung von Schwangeren und Eltern. Für uns sind Kindertagesstät-

ten ein unverzichtbares Glied der Bildungskette. Sie können herkunftsbedingte Benachteiligungen frühzeitig ausgleichen. Wir wollen den Bildungs- und Erziehungsauftrag von vorschulischen Einrichtungen stärken. Wir werden Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen.

- Wir wollen ein **längeres gemeinsames Lernen** mit einer **besseren individuellen Förderung** verbinden. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass sowohl Lernschwache als auch Lernstarke so ein höheres Kompetenzniveau erreichen können. Wir wollen ein Schulsystem, in dem es gelingt, den Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft aufzubrechen. Wir wollen den Ausbau der **Ganztagschule**. Kinder finden in der Ganztagschule verlässliche Lern- und Unterrichtszeiten. Wir wollen, dass Schulen selbständiger arbeiten.
- Die **berufliche Erstausbildung** ist eine wichtige Grundlage für die Berufsausübung und für das lebenslange berufliche Lernen. Das Duale System muss in den neuen Branchen stärker verankert werden. Ergänzende vollschulische Berufsausbildung muss zu gleichwertigen Abschlüssen führen.
- Gesellschaft und Wirtschaft brauchen immer **mehr hoch qualifizierte Fachkräfte**. Deshalb müssen weit mehr Menschen in Deutschland erfolgreich studieren. Wir wollen die Qualität von Lehre und Forschung in unseren **Hochschulen** verbessern und die Studienplätze ausbauen. Wir bekennen uns zur Verantwortung des Staates für die Hochschulen. Er hat die Aufgabe, die Finanzierung der Hochschulen abzusichern. Wir wollen einen **offenen Zugang zum Studium**. Wir wollen den Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen. Entschluss und Talent sollen entscheiden, nicht der soziale Hintergrund.
- Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der Menschen sich ein Leben lang weiterentwickeln können. Wir wollen die **Weiterbildung zur vierten Säule im Bildungssystem** ausbauen und den Aufstieg durch Bildung für alle möglich machen.

4.8 Kinder und Familien stärken

Wir wollen eine Gesellschaft, die Familien mit Kindern beste Bedingungen bietet, und ein Klima der Aufgeschlossenheit und Akzeptanz gegenüber den Bedürfnissen von Kindern. Wir wollen dafür sorgen, dass jeder Mensch die Chance hat, seinen Lebensentwurf zu verwirklichen. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die es jungen Frauen und Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Das gilt besonders für die Eltern, die sich für mehrere Kinder entscheiden. Junge Menschen brauchen in der Phase der Familiengründung mehr finanzielle Hilfen, aber auch mehr Unterstützung aus der Gesellschaft und von Arbeitgebern.

- Wir wollen deshalb die **gesellschaftliche Verantwortung für Kinder** stärken. Das heißt: intensive fachliche Begleitung für alle Eltern und einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr.

- Die **Arbeitswelt** muss den Bedürfnissen der Familien Rechnung tragen. Erwerbsverhältnisse, die auf Dauer weder Planbarkeit noch wirtschaftliche Selbstständigkeit ermöglichen, erschweren jungen Menschen die Entscheidung für Kinder. Arbeitszeiten, aber auch betriebliche Aus- und Fortbildungszeiten müssen sich stärker an den Bedürfnissen von Eltern orientieren.
- Wenn Eltern sich trennen, wird dies zunehmend zum Armutsrisiko für die Kinder. Der Staat muss insbesondere durch Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass Alleinerziehende erwerbstätig sein können.
- Wir unterstützen aber auch andere gemeinsame Lebenswege, **gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und alleinerziehende Eltern**. Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten.
- Eine besondere Verantwortung hat der Staat für Kinder, die in ihren Familien keine ausreichende Unterstützung bekommen oder sogar Gewalt erfahren. Das Elternrecht findet seine Grenzen, wo das Kindesrecht verletzt wird. **Kinder haben eigene Rechte**, und wir wollen, dass sie in der Verfassung verankert werden.

4.9 Nachhaltiger Fortschritt

Wir legen unserer Politik auf allen Feldern das **Prinzip der Nachhaltigkeit** zugrunde. Die nachhaltige Entwicklung schafft eine Balance von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen. Sie bezieht die Bedürfnisse künftiger Generationen in unsere heutigen Entscheidungen mit ein. Ein besseres Leben mit höherem Wohlstand ist möglich, und zwar nicht nur hier und heute, sondern weltweit und auch für kommende Generationen. Die ökologischen und sozialen Probleme der modernen Welt können wir mit den Mitteln der modernen Welt lösen.

- Die Atomenergie erschien vielen als die große Hoffnung für das nahende postfossile Zeitalter. Sie kann diesen Hoffnungen aus vielerlei mittlerweile erkannten Gründen nicht entsprechen, unter anderem wegen unverantwortlicher Unfallrisiken und der Hinterlassenschaft atomaren Mülls für zehntausende von Jahren. Keine Generation darf kommende Generationen für derartige Zeiträume eine solche Last aufbürden. Für uns ist es deshalb eine Schlüsselaufgabe für das 21. Jahrhundert, den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen und von schadstoffhaltigen zu schadstofffreien Ressourcen konsequent zu realisieren. **Unser Ziel ist das solare Zeitalter**. Voraussetzung dafür ist ein breiter Strukturwandel zu neuen dezentralen Formen der Energiebereitstellung.
- Die Substitution der nicht erneuerbaren Energien muss dabei bei denjenigen Energien vorrangig ansetzen, deren Reserven sich frühzeitiger erschöpfen, also bei Erdöl und Erdgas, und bei denjenigen, für die wir auf Importe angewiesen sind. Das heißt, dass es unter den fossilen Energieträgern einen Vorrang für die heimische Kohle gibt.
- Mit gleicher Intensität setzen wir auf die **Steigerung der Materialeffizienz, die Steigerung der stofflichen Produktivität und auf Wiederver-**

wertungsverfahren. Dieses führt zur Materialeinsparung und zur Müllvermeidung. Es hilft Umweltschäden zu vermeiden.

- Die Aufnahmemöglichkeiten der Erde für schädliche Emissionen sind an ihre Grenzen gelangt. Um die **Erderwärmung** auf ein verträgliches Maß zu begrenzen, muss der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 halbiert werden.
- **Bio- und Gentechnologie** und die neuen Möglichkeiten der Medizin führen uns in ethische Grenzbereiche. Ihre Erforschung und Anwendung erfordern deshalb eine ethische Reflexion und breite Diskussion. Die Würde des menschlichen Lebens darf in all seinen Phasen nicht angetastet werden. Am Verbot des gezielten genetischen Eingriffs in die menschliche Keimbahn halten wir fest.
- Wir fördern notwendige und gewünschte **Mobilität**. Sie ist aber kein Selbstzweck. Wo Wege überflüssig sind, wollen wir sie durch bessere Logistik und eine klügere Siedlungsentwicklung vermeiden. Wir investieren auf hohem Niveau in unsere Verkehrsinfrastruktur. Dabei gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit. Vorrang haben daher die ökologisch jeweils günstigsten Verkehrsträger und kombinierten Verkehre. Wir wollen einen modernen und leistungsfähigen Schienenverkehr.
- Das **Auto** wird in unserer Zeit neu erfunden. Der alte Gegensatz zwischen dem motorisierten Individualverkehr und der Umwelt beginnt sich deutlich zu entschärfen. Eine höhere Effizienz von Antriebstechniken und Motoren und die Einführung biologischer Treibstoffe leisten einen Beitrag, die Umwelt zu entlasten.
- Wir wollen unser **nationales Naturerbe** schützen und bewahren. Dazu ist es nötig, Naturschutz konsequent durchzusetzen und den immer noch wachsenden Flächenverbrauch durch Infrastruktur, Wirtschaft und Wohnen deutlich zu reduzieren.
- Die **ländlichen Räume** müssen sich den demografischen Veränderungen, dem wirtschaftlichen Fortschritt und nicht zuletzt dem ökologischem Wandel stellen. Das Ziel unserer Politik für die ländlichen Räume ist die wirtschaftliche Stärkung der Regionen, die Erhaltung und Schaffung einer geeigneten Infrastruktur und die Bewahrung der Kulturlandschaft.
- Wir wollen eine **Landwirtschaft**, in der sich eine umwelt- und tiergerechte Produktion lohnt. Landwirtinnen und Landwirte benötigen mehr eigene wirtschaftliche Spielräume, um ihre Tätigkeit am Markt auszurichten.

5. Unser Weg

- **Wir sind die Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität.** Die Einheit dieser drei Grundwerte, vereint im politischen Ziel der Sozialen Demokratie, unterscheidet uns von allen anderen Parteien und politischen Interessen.
- **Wir schaffen das Bündnis für Soziale Demokratie.** Eine Partei kann immer nur so stark sein wie die Menschen, die ihre Werte und Ziele teilen und unterstützen. Wir werben für ein politisches Bündnis, das alle Teile der solidarischen Bürgergesellschaft zusammenführt.
- **Wir sind die Partei für das ganze Deutschland.** In unserer Partei bündeln sich die Erfahrungen von eineinhalb Jahrhunderten Geschichte, von Ost und West, von Nord und Süd, von Frauen und Männern, von Alt und Jung, von verschiedenen Lebenslagen und Gruppen.
- **Wir sind die Partei der engagierten Bürgerinnen und Bürger.** Als soziale Bewegung sind wir mit unseren vielen Hunderttausend Mitgliedern selbst Teil einer solidarischen Bürgergesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen und eine lebendige Demokratie schaffen.
- **Wir sind die Partei der Arbeit und der Wertschöpfung.** Die Soziale Demokratie verbindet alle produktiven Kräfte unseres Landes: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen und Männer, die ein Unternehmen leiten, die Selbstständigen im Handwerk und in den freien Berufen. Wir treten ein für die Interessen der arbeitenden Menschen und derjenigen, die von der Teilhabe an Arbeit ausgeschlossen sind.
- **Wir sind die Partei der Bildung, der Wissenschaft und des Fortschritts.** Wissen heißt freie Entfaltung des Menschen. Wissen ist eine Produktivkraft von wachsender Bedeutung für unsere Gesellschaft. Wir suchen das Bündnis mit all denen, die Wissen mehren, Wissen vermitteln und zum Wohl aller Menschen nutzbar machen.
- **Wir sind die Partei der Kultur.** Die Idee der Sozialen Demokratie findet ihren Ausdruck in der Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern, von Denkern und Kreativen. Wir wollen mit ihnen gemeinsam Kritik üben, wo Kritik nötig ist, und Ideen für ein gutes Leben entwickeln.
- **Wir sind die Partei der internationalen Solidarität.** Wir treten entschlossen ein für die Interessen auch der benachteiligten Weltregionen. Wir arbeiten für Frieden und globale Gerechtigkeit. Wir unterstützen internationale soziale Bewegungen in ihrem Einsatz für eine bessere Welt.
- **Wir sind die Partei der solidarischen Mitte.** Unsere Partei hat Hunderttausende Mitglieder, aber es gibt Millionen von Menschen, die so denken und empfinden wie wir. Wir wollen die solidarische Mitte in unserem Land verbreitern und für die Soziale Demokratie gewinnen. Wir wollen die Mehrheit in unserem Land davon überzeugen, dass soziale Gerechtigkeit die eigentliche Bestimmung des Menschen ist und allen Nutzen bringt.